

Achim soll die Anlieger weiterhin zur Kasse bitten

Klares Bekenntnis der Politik zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen



Der Steinweg in Bierden ist das jüngste Beispiel aus Achim, bei dem die Anlieger für einen Straßenausbau zur Kasse gebeten worden sind.

FOTO: BJÖRN HAKE

VON KAI PURSCHKE

Achim. Dass die Stadt Achim auf die finanzielle Unterstützung ihrer Bürger bei Straßenausbauprojekten verzichtet, das kann sie sich schlicht nicht leisten. Angesichts sehr vieler sanierungsbedürftiger Straßen im Stadtgebiet ist sie sogar darauf angewiesen, dass sie die Einwohner zur Kasse bittet. Das Wie allerdings wurde jetzt ein weiteres Mal im Finanzausschuss diskutiert – mit der Folge, dass sich die Fraktionsvertreter bei einer Enthaltung (FDP) nahezu komplett da-

trage einführen, müssten laut Stadtjuristin Thea Mühe in Achim „zehn Abrechnungsgebiete gebildet werden, die durch äußere Umstände wie Eisenbahnschienen vorgegeben wären“. Das System sieht vor, dass alle Anlieger eines solchen Abrechnungsgebiets jährlich zur Kasse gebeten werden für Straßenausbauten, die in dem Gebiet – aber nicht zwangsläufig vor der Haustür eines Zahlenden – vollzogen werden. Dadurch soll die finanzielle Last für den Einzelnen geschmälert werden, auf der anderen Seite würde aber die Unzufriedenheit aller geschürt.

nur eine Straße aus, obwohl alle im Abschnitt dafür zahlen.“ Isabel Gottschewsky (CDU) zeigte sich dennoch erfreut darüber, dass der Stadt mit der neuen Satzung der Weg offen steht, wiederkehrende Beiträge für einzelne Ortschaften einzuführen. Die Option, die Strabs – wie einst von der FDP beantragt – abzuschaffen und stattdessen die Grundsteuer in Achim zu erhöhen, hatte der Ausschuss kurz diskutiert, dann aber schnell verworfen.

Auf der aktuellen Prioritätenliste für schon mal ausgebaute Straßen, die aber in einem

nichts ändern könne. Aber die Anlieger bekämen mehr Zeit, die geforderten Beträge zu bezahlen, etwa dann erst, wenn die Maßnahme auch tatsächlich beendet wurde. Wolfgang Heckel wollte noch wissen, ob Rabatte denkbar wären, wenn ein Anlieger seinen Beitrag direkt und vorab überweist, das sei aber rechtlich nicht möglich, antwortete ihm Thea Mühe.

Bündnis gegen die Beiträge

Mittlerweile hat sich in Soltau das Niedersächsi-

für ausgesprochen haben, die bestehende Straßenausbaubeitragssatzung (Strabs) zu behalten und sie lediglich der aktuellen Rechtsprechung anzupassen. Wobei die neue Variante zumindest die Option offenhalten soll, dass in Teilbereichen Achims – etwa in Embsen oder Bollen – irgendwann mal die sogenannten wiederkehrenden Beiträge erhoben werden können statt der sofort fälligen einmaligen Zahlungen.

Wie berichtet, sind wiederkehrende Beiträge eine Alternative zur Strabs, aber eine, die zumindest die Verwaltung ablehnt. Weil die Nachteile ihrer Meinung nach überwiegen. Würde man die wiederkehrenden Bei-

„Das wird der Bürger nicht verstehen“

„Das wird der Bürger nicht verstehen“, glaubt Jürgen Kenning von den Grünen. Nachprüfen ließ sich diese Annahme im Ratssaal nicht, da kein Bürger der Sitzung beiwohnte. Dabei ist auch Wolfgang Heckel (WGA) der Meinung, dass die jetzige Regelung für die Bürger „einfacher und berechenbarer“ sei. Werner Meinken (SPD) ist ebenfalls der Meinung, dass kein Mensch die wiederkehrenden Beiträge verstehe: „Das erklären Sie mal in einer Bürgerversammlung, dass wir Abschnitte für zehn bis 20 Straßen bilden und dann bauen wir dort

so miserablen Zustand sind, dass sie auf Grundlage der Strabs erneuert werden müssen, steht übrigens die Georgstraße auf Rang eins. Insgesamt 34 Straßen, die in diese Kategorie fallen, weist die Prioritätenliste aus – sie haben zusammen eine Länge von 8,6 Kilometern. Auf den Plätzen zwei und drei folgen der Parkweg und die Laheiter Straße. Alle drei Straßen weisen laut Stadtverwaltung unter anderem „stark ausgeprägte Unebenheiten“ auf.

Mit der Neufassung der Strabs verfolgt die Stadtverwaltung übrigens das Ziel, die Satzung „sozialverträglicher“ zu gestalten, auch wenn sie an der zu zahlenden Summe

sche Bündnis gegen Straßenausbaubeiträge (NBgS) gegründet. Damit die einzelnen Bürgerinitiativen nicht jeweils das Rad neu erfinden müssen, sollen sie sich im Bündnis vernetzen. Ziel des Bündnisses ist die landesweite Abschaffung von Straßenausbaubeitragssatzungen („Strabs“) in ganz Niedersachsen. Zur Vorbereitung der weiteren Arbeit wurde ein Koordinationsteam bestimmt. Dabei wurde Niels Finn zum Sprecher gewählt, Stellvertreter ist Hubert Hansel. Als nächste Schritte sind der Aufbau einer Öffentlichkeitsarbeit, die Kontaktaufnahme zu Parlamentariern sowie zu Verbänden und Parteien und ein Folgetreffen geplant. Das Bündnis engagiert sich nach eigenen Angaben bürgerschaftlich und überparteilich aus der Mitte der Gesellschaft. KAP